



ANTWORTEN
von
Agnieszka Malczak
(WK Ravensburg)

Der Fragenkatalog, auf den sich die Antworten beziehen, ist nachzulesen unter <http://www.gjbw.de/index.php?id=2028>

Liebe Freundinnen und Freunde,

vorweg ein paar kurze Worte: auch wenn ich Teil der Grünen Jugend bin, möchte ich natürlich gerne diese Fragen als eure Kandidatin beantworten. Außerdem habe ich, da ich ja selbst „betroffen“ bin, nicht an der Erstellung und Auswahl der Fragen teilgenommen. Die Fragen sind sehr umfassend und zu jeder ließen sich seitenweise Papiere schreiben, ich will daher versuchen mich kurz zu fassen und beispielhaft einige mir wichtige Anliegen zu nennen.

Für mich sind die wichtigen Markenzeichen grüner Politik Glaubwürdigkeit und der Mut zu Visionen, für mich schließen sich Radikalität und Realismus nicht aus, sondern machen erst in Verbindung zukunftsfähige, solide Politik aus, die wirklich etwas verbessern will.

1. Ich würde mein Verhältnis zur Grünen Jugend als sehr gut bezeichnen, schließlich bin ich ja auch die Vorsitzende dieses wunderbaren Verbandes. Gerade der Rückblick auf das letzte Jahr, das für mich sehr arbeitsintensiv war, erfüllt mich mit Freude. Wir haben zusammen viel bewegt – bei Aktionen, Landesmitgliederversammlungen und grünen Parteitagen. Wir haben gezeigt, dass wir ein pluralistischer Verband der lebhaften und fairen Diskussion sind und gleichzeitig viel Spaß miteinander gehabt. Ich sehe die Grüne Jugend auch als eine Art „grüne Ideenschmiede“ an und halte es für wichtig, dass die Grüne Jugend der Mutterpartei auch mal kritisch, aber dann bitte auch immer konstruktiv, entgegentritt – und das haben wir meiner Meinung nach in letzter Zeit ziemlich gut und in angemessenem Maße gemacht.
2. Mit meinen 23 Jahren bin ich mit Abstand die jüngste Kandidatin und von der Grünen Jugend Baden-Württemberg auch zu ihrer „offiziellen Vertreterin auf der Landesliste“ gewählt worden. Mit meiner Kandidatur möchte ich gerade ein Zeichen setzen für die Grüne Jugend, aber auch insgesamt für die junge Generation. Jung sein heißt nicht keine Erfahrung oder Kompetenz zu haben (die kann einer/einem auch im Alter fehlen), Jung sein heißt aber häufig eine andere Perspektive einnehmen und neue Impulse zu geben - das möchte ich tun. Politik lebt von Erneuerung und Vielfalt: nicht nur von neuen Ideen, sondern auch von neuen Gesichtern und die können meiner Meinungen nach auch bei den Grünen hin und wieder ruhig etwas jünger sein.

3. Die Antwort auf diese Frage lautet für mich: Partizipation und das auf allen politischen Ebenen und dazu gehört für mich ein Wahlrecht mindestens ab dem 14. Lebensjahr. Dafür bin ich nicht nur aus demokratiethoretischen Gründen, sondern auch, weil das Wissen mitbestimmen zu können, dazu beiträgt, sich nicht von der Politik abzuwenden, sondern aktiv zu werden. Junge Menschen müssen eine Stimme haben, denn so wird auch sichergestellt, dass PolitikerInnen die jungen Menschen als WählerInnen begreifen und ihre Anliegen ernst nehmen als das bisher geschieht. Junge Menschen müssen als mündige BürgerInnen verstanden werden, die ihre Anliegen auch selbst in die Hand nehmen können: Wir brauchen demokratischere Schulen und Hochschulen, mehr Partizipationsmöglichkeiten in den Kommunen und dafür benötigen junge Menschen entsprechende Strukturen und finanzielle Mittel. Und im Endeffekt ist es auch das Verhalten und die Diskussionskultur einiger PolitikerInnen, die vielen jungen Menschen die Lust an der Politik verdirbt.
4. Leider sind die Grünen (noch) nicht bei 51%... Wenn die Grünen also Regierungsverantwortung übernehmen, sind sie zwangsweise ein kleinerer Partner in einer Koalition. Das heißt Kompromisse machen und das ist auch in Ordnung. Aber regierungsfähig zu sein, heißt nicht kein Rückgrat zu haben. Die Grünen haben bestimmte Werte und Kernanliegen, die in keiner wie auch immer gearteten Koalition zur Debatte stehen dürfen und diese sollte man vor der Wahl auch klar kommunizieren. Dazu gehört für mich zum Beispiel kein Ausstieg aus dem Atomausstieg, ein konsequentes Nein bei der Grünen Gentechnik, eine menschenwürdigere Sozialpolitik, die es den Menschen ermöglicht, sich selbst frei (auch von bürokratischen Repressionen) zu entfalten und an der Gesellschaft teilzuhaben sowie ein dringender Strategiewechsel in Afghanistan. Auch wenn das Punkt 5 ist ;) : wir müssen weg vom Überwachungsstaat und sind gegen eine Einschränkung der BürgerInnenrechte.
5. Dieses Thema ist für mich sehr wichtig, die Frauenpolitik war es auch, die mich überhaupt zu den Grünen geführt hat. Von der Gleichstellung der Geschlechter sind wir noch meilenweit entfernt, nicht nur auf der Welt, sondern auch in Deutschland. Das erste Thema, das bei der Gleichberechtigung von Frauen angesprochen wird, ist häufig die Kinderbetreuung – das allein zeigt schon wie fest die Rollenbilder trotz vieler Lippenbekenntnisse in den Köpfen der Menschen verankert sind. Es gibt mehr als genug zu tun: von der flächendeckenden Kinderbetreuung über eine Reform der Sozialsysteme, die immer noch auf der Idee des männlichen Alleinverdieners beruhen („Individualisierung“), über das Abschaffen des EhegattenInnensplittings über die Benachteiligung der Frauen im Gesundheitssystem. Ich glaube auch, dass Frauenquoten für Aufsichtsräte und Vorstände in Unternehmen, im öffentlichen Dienst und in der Politik nicht nur sinnvoll, sondern auch dringend notwendig sind. Und es ist ein Skandal, dass immer noch nicht gilt: gleicher

Lohn für gleiche Arbeit.

Aber es muss auch Aufgabe der Politik sein, die antiquierten Vorstellungen in den Köpfen der Menschen zu verändern – das dauert länger als ein Gesetz zu debattieren und zu beschließen, ist aber auch nachhaltiger.

6. Gleichgeschlechtliche PartnerInnenenschaften müssen der Ehe komplett gleichgestellt werden – auch hier sind wir von diesem Ziel noch weit entfernt. Im Erbschaftssteuerrecht, im Einkommenssteuerrecht, im Bundesbeamtenrecht sowie im Adoptionsrecht bestehen weiterhin erhebliche Benachteiligungen eingetragener LebenspartnerInnenenschaften – das muss dringend geändert werden. Und ein Skandal bleibt nach wie vor, dass in Baden-Württemberg an einigen Orten der Gang zum Standesamt verwehrt wird – stattdessen soll man die LebenspartnerInnenenschaften auf dem Landratsamt oder sogar auf dem Forstamt eintragen.
7. Ich bin nach wie vor von der Idee eines bedingungslosen Grundeinkommens überzeugt – und bin froh, dass sich die GJ und die Grünen Ba-Wü sich dafür ausgesprochen haben. Ich finde es auch wichtig, dass die Grünen insgesamt bei dieser Debatte vorne mit dabei bleiben, dann dass ist meiner Meinung nach das einzige Modell, das Antworten auf die gravierenden Veränderungen in der Arbeitswelt gibt. Die ganzen weiteren Argumente möchte ich an dieser Stelle nicht noch einmal aufzählen, sie finden sich zum Beispiel in den Anträgen der Grünen Jugend auf Bundes- wie Landesebene.
Das Grundeinkommen ist für mich eine Vision. Die jetzige Sozialpolitik ist in meinen Augen nicht tragbar und zu reformieren. So schnell wie möglich muss der Regelsatz angehoben werden, wir brauchen eine individualisierte soziale Sicherung und es muss Schluss sein mit teurer Bürokratie und menschenunwürdigen Repressionen. Fördern statt Ausgrenzen und unter Druck setzen – nur so motiviert und aktiviert man Menschen und das ohne ihnen ihre Würde zu rauben.
Und egal ob Grundeinkommen oder Grundsicherung: die beste Sozialpolitik von morgen ist eine gute (und grüne) Bildungspolitik.
8. **Klima- und Sozialpolitik gehören zusammen. Die ökologische Frage ist die soziale Frage von morgen, das scheint in vielen Köpfen noch nicht angekommen zu sein!** Klimaschutz ist kein Luxus, sondern dringend notwendig – auch im Hinblick auf die Gerechtigkeit zwischen den Generationen und zwischen den Staaten.
Die Verknappung der Ressourcen und Spekulationen bei den entsprechenden Rohstoffen führen bei wachsender Nachfrage zu rasant steigenden Preisen. Da dürfen die Grünen nicht in Schadenfreude verfallen, denn es ist nicht unser Ziel in einer Zwei-Klassen-Gesellschaft zu leben, in der die einen hemmungslos verbrauchen dürfen oder die Möglichkeit haben in klimafreundliche Technologien zu investieren und Energie zu sparen (neue Autos und Kühlschränke, Wärmedämmung etc.) und die anderen nicht einmal ihren notwendigen Bedarf an Energie und Mobilität finanzieren können. Gleichzeitig sind Ideen,

die den Energieverbrauch subventionieren Humbug und keine Lösung der Probleme – es gilt hier auch Menschen mit kleinem Geldbeutel dabei zu unterstützen ihren Energieverbrauch zu senken. Beispiele dafür sind: Sozialtickets für den ÖPNV, Gutscheine und Unterstützung bei Anschaffung energie-effizienter Geräte oder verbrauchsärmerer Autos oder Investitionen in den Mietwohnungsbau. Finanzieren ließe sich das zum Beispiel aus den Einnahmen des Emissionshandels. Und diskutieren kann man auch über den Öko-Bonus, der je nach Ausgestaltung eine sehr sinnvolle Maßnahme sein kann. Davon unbenommen bleibt natürlich die notwendige Erhöhung, Anpassung und Dynamisierung von ALG II-Sätzen und Wohngeld.

9. Auch hier ist die Aufgabe der Politik einen rechtlichen Rahmen zu schaffen der Menschen, egal welchen Alters und Geschlechts, welcher Religionszugehörigkeit und sexuellen Orientierung, die gleichen, fairen Möglichkeiten bietet. Es gilt aber auch in einem Diskurs mit der Gesellschaft Vorurteile und Blockaden abzubauen. In Deutschland und Europa hat sich einiges getan, es liegt aber noch vieles im Argen. Ich will nur exemplarisch einige Punkte nennen:

Wir müssen weg vom selektiven und sozial ungerechten Bildungssystem, dass systematisch Kinder mit einer Migrationsherkunft oder aus einer sozial schwachen Schicht benachteiligt. Menschen mit Migrationshintergrund, die in Deutschland leben, müssen viel leichter die Möglichkeit haben die deutsche Staatsbürgerschaft zu erlangen und auch ohne diese das Wahlrecht auf allen Ebenen bekommen. Auch eine menschenunwürdige Asyl- und Integrationspolitik steht der Chancengleichheit im Weg. Die europäische Anti-Diskriminierungsrichtlinie habe ich sehr begrüßt, es fehlt aber in der Umsetzung die Möglichkeit zur Verbandsklage.

10. Eine „grüne Armee“ gibt es für mich nicht.

Ich finde es prima, dass bei der Grünen Jugend immer von einer Welt ohne Armeen geträumt wird – dass muss eine Vision sein, von der man träumen darf, auch wenn sie sich wahrscheinlich nicht in unserem Leben realisiert wird.

Es gibt dringenden Reformbedarf im Militärssektor und bei der Bundeswehr – auch wenn sie insgesamt dadurch nicht unbedingt „grüner“ wird, so muss doch die Wehrpflicht abgeschafft werden, und auch der Verteidigungsetat verringert werden (es ist zum Beispiel pervers wie viel hier ausgegeben wird und wie wenig in zukunftsfähige Konzepte der zivilen Konfliktprävention fließt). Auch das Thema der sexualisierten Gewalt muss stärker in den Fokus der Außen- und Sicherheitspolitik gelangen und die Bordellbesuche von deutschen Soldaten in Einsätzen problematisiert werden (Stichwort: Zwangsprostitution, Minderjährige in Bordellen).

Überhaupt scheinen die Verteidigungskräfte in Bezug auf die selbst gesetzten Ziele (über die man sich ja auch streiten kann, wie zum Beispiel bei der „Verteidigung Deutschlands am Hindukusch“) nicht gerade angemessen ausgebildet und organisiert zu sein, sondern offenbaren die überkommenen und nicht effizienten Strukturen und Ansichten.

Unabhängig davon und meiner Meinung nach nicht im Rahmen der Bundeswehr brauchen wir ziviler, qualifizierter Friedensfachkräfte – das ist nachhaltiger, gerechter, solidarischer und effizienter.

Interessant finde ich einige politikwissenschaftliche Diskussionen um die Abschaffung nationaler Streitkräfte und die Einführung einer Art „Weltpolizei“ im Rahmen der Vereinten Nationen, die unabhängig von einzelstaatlichen Interessen Sicherheit gewährleisten soll und zum Beispiel Waffenstillstände oder Grenzen (ähnlich der Aufgaben der UN-Blauhelme) absichern könnte.